

Tarif- und Besoldungsrunde 2008:

8 Prozent mehr für Beschäftigte im öffentlichen Dienst gefordert

Der dbb beamtenbund und tarifunion fordert acht Prozent mehr Einkommen für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen. „Acht Prozent müssen es sein – für Arbeitnehmer und Beamte“, machte der Bundesvorsitzende der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen für den öffentlichen Dienst, Peter Heesen, deutlich. Die dbb Gremien hatten kurz zuvor die Forderung für die Einkommensrunde 2008 beschlossen.

Die dbb Bundestarifkommission, die dbb Bundesbeamtenkommission und die dbb Grundsatzkommission für Besoldung und Versorgung halten eine kräftige Bezügeanhebung für unerlässlich. dbb Chef Heesen verwies auf die Einschnitte, die der öffentliche Dienst seit der letzten linearen Einkommenserhöhung im Jahr 2004 hinnehmen musste. Beamte und Arbeitnehmer hätten

einen großen Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte geleistet. Zudem sei in keiner Weise den Preissteigerungen der letzten Jahre Rechnung getragen worden. „Die Beschäftigten von Bund und Kommunen haben sowohl deutlichen Nachholbedarf bei den Einkommen, als auch nach Jahren des Verzichts ein Anrecht auf Teilhabe an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung“, sagte Heesen. Für alle Beschäftigten – Arbeitnehmer von Bund und Kommunen, Bundesbeamte und Versorgungsempfänger – sei daher eine spürbare Erhöhung der Einkommen unerlässlich. Der dbb fordert für die Einkommensrunde 2008 eine lineare Erhöhung der Einkommen von acht Prozent bei einer tariflichen Laufzeit von zwölf Monaten, mindestens aber einen Betrag von 200 Euro pro Monat. Angesichts dessen, was die Abgeordneten sich

schon bewilligt hätten, sei dies ja „eher bescheiden“.

Der dbb agiere zusammen mit der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, weil er sich davon eine „größere Durchsetzungsfähigkeit“ erwarte und weil „kleinkarierte Grabenkämpfe“ nicht weiterführten. Die Verhandlungen mit dem Bund und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), die erstmals mit ver.di gemeinsam geführt werden, hatten am 10. Januar in Potsdam begonnen.

Interessen der Beschäftigten mit aller Macht durchsetzen

In der Pressekonferenz bekräftigten dbb Chef Peter Heesen und ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske, dass beide Organisationen gewillt sind, gemeinsam ihre Forderung im Interesse der Be-

schäftigten im öffentlichen Dienst „mit aller Macht“ durchzusetzen. Das Medieninteresse an der Pressekonferenz war groß. Vertreter der Nachrichtenagenturen und aller großen Zeitungen nutzten die Gelegenheit, sich die Vorstellungen der Gewerkschaften erläutern zu lassen.

Deutlich wurde noch einmal, dass die Bezahlung vieler Tätigkeiten im öffentlichen Dienst derzeit in keinem Verhältnis steht zu der Verantwortung, die die Kolleginnen und Kollegen tagtäglich tragen. Dies gelte beispielsweise für Mitarbeiter der Altenpflege, wie Frank Stöhr, der als 1. Vorsitzender der dbb tarifunion Verhandlungsführer gegenüber Bund und Kommunen sein wird, klarmachte. „Eine Krankenschwester im kommunalen Krankenhaus muss als Fachkraft mit hoher Arbeitsbelastung und Schichtdienst, die



Auch bei der gewerkschaftspolitischen Arbeitstagung in Köln stellte dbb Chef Heesen klar, dass es einen deutlichen Nachholbedarf bei den Einkommen gäbe.

etwa 1 300 Euro netto verdient, neben der linearen Erhöhung einen zusätzlichen Ausgleich erhalten. Deshalb die soziale Komponente – 200 Euro Mindestbetrag.“ Diese sei genau wie die Forderung von acht Prozent mehr als gerechtfertigt. „Auch mit Blick auf die dringend notwendige Nachwuchsgewinnung liegen wir damit genau richtig“, sagte Peter Heesen.

Tarifergebnis hat Signalwirkung für Beamtenbereich

Der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst hat seit Jahren auch Signalwirkung für den Beamtenbereich. Nach bisheriger Praxis wurde das Tarifergebnis im öffentlichen Dienst auf den Beamtenbereich übertragen. Dazu ist aufgrund der Gesetzesbindung ein entsprechendes Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz erforderlich, das der Zustimmung der Mehrheit der Abgeordneten im Deutschen Bundestag bedarf.

Deshalb fordern die Verkehrsgewerkschaft GDBA und der dbb eine analoge Anhebung für die Bezüge der Beamten und Versorgungsempfänger des Bundes. Darin einbezogen sind die Beamten beim Eisenbahn-Bundesamt, Bundesamt für Güterverkehr, beim Bundeseisenbahnvermögen sowie die dem DB Konzern zugewiesenen Beamtinnen und Beamten.

Die Verkehrsgewerkschaft GDBA unterstützt den dbb, nach Jahren der Enthaltbarkeit nunmehr einen erfolgreichen Abschluss zu erzielen. Dabei verweist die Verkehrsgewerkschaft GDBA auf die jüngste Diätenerhöhung der Bundestagsabgeordneten.

Das Argument, die öffentlichen Haushalte seien zu verschuldet, um den Gehaltsforderungen entsprechen zu können, wies dbb Chef Heesen zurück. Schon heute liege der Kostenanteil, den Bund und Kommunen für das Personal ausgeben, weit unter dem vergangener Jahre. Zudem könnten mit einem Abbau des Steuervollzugsdefizits Milliarden-Mehreinnahmen erzielt werden. Die Verkehrsgewerkschaft GDBA hat darauf hingewiesen, dass schließlich die Erhöhung der Diäten der 613 Bundestagsabgeordneten – um jeweils 4,7 Prozent für die Jahre 2008 und 2009 – am 16. November 2007 trotz der angespannten Haushaltslage mit den Stimmen der großen Koalition beschlossen worden ist.

Fünf Verhandlungsrunden sind zunächst vereinbart

Die Forderung von acht Prozent mehr Geld, mindestens 200 Euro pro Monat, lehnten die Arbeitgeber in der ersten Runde ab und legten kein eigenes Angebot vor. Dennoch, Heesen und

Bsirske blicken optimistisch voraus. Verabredet seien bis Anfang März fünf Verhandlungsrunden mit den Arbeitgebern. Heesen betonte, dbb und ver.di hätten allen Grund, selbstbewusst in diese „spannungsreichen Verhandlungen“ zu gehen. „Wir wollen vereint gewinnen, statt getrennt zu verlieren.“

Die wirtschaftliche Entwicklung rechtfertigt Einkommensforderung

Der dbb und die Verkehrsgewerkschaft GDBA sehen sich durch die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland in ihrer Forderung für die Einkommensrunde 2008 bestärkt. „Es geht um eine angemessene Teilhabe des öffentlichen Dienstes“, sagte dbb Chef Peter Heesen bei einem Gespräch zum Jahreswirtschaftsbericht 2008 der Bundesregierung am 14. Januar 2008 im Bundeswirtschaftsministerium in Berlin.

„Sehr erfreulich“ sei, dass das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr voraussichtlich um rund zwei Prozent ansteigen werde. Auch die Lage der öffentlichen Haushalte habe sich deutlich verbessert. „Für das Jahr 2008 ist in der privaten Wirtschaft ein spürbarer Anstieg der Löhne zu erwarten. Das geben die Wirtschaftsdaten her – und das muss auch für den öffentlichen Dienst gelten“, sagte Heesen. Er ver-

Angemessene Forderung

Laut Deutschlandtrend der ARD Tagesschau, den Infratest-dimap am 10. Januar 2008 veröffentlichte, halten 55 Prozent der Deutschen die Lohnforderung der Gewerkschaften für den öffentlichen Dienst für angemessen, vier Prozent finden sie sogar „zu niedrig“. Nur 37 Prozent betrachten die Forderung als zu hoch.

wies auf die Senkung der Beschäftigtenzahl im öffentlichen Dienst von knapp 6,1 Millionen im Jahr 1994 auf unter 4,6 Millionen in 2006.

„Eine gute Infrastruktur – und dazu zählen ein funktionierendes Rechtssystem, eine gute Verwaltung, ein funktionsfähiges Verkehrswesen und nicht zuletzt ein konkurrenzfähiges Bildungssystem - ist noch immer ein wichtiges Plus für den Standort Deutschland. Das wird leider oft genug nicht mehr adäquat gewürdigt“, kritisierte Heesen. Zudem sei in Zukunft qualifiziertes Personal nur zu gewinnen, wenn eine angemessene Entlohnung gewährleistet ist. „Die Leistung des öffentlichen Dienstes muss endlich honoriert werden. Für gute Arbeit muss auch gutes Geld gezahlt werden.“

